

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

1. Besoldung: Für die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten stellt eine verfassungsgemäße Besoldung aktuell die drängendste Aufgabe für die Politik dar. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist (Akz. 1 A 2704/20). Die aktuelle Landesregierung hat hierzu eine Erhöhung der Besoldung in zwei Schritten um jeweils 3% beschlossen. In der hessischen Professor/-innen- und Beamt/-innenschaft rumort es nun zunehmend. Die Maßnahme wird als zeitlich zu spät und vom Umfang her unzureichend angesehen, um eine verfassungsmäßige Besoldung der hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten herzustellen.

Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

Eine Erhöhung in zwei Schritten um jeweils 3 Prozent ist u. E. nicht ausreichend und nicht nachvollziehbar. Schließlich wurde die zu niedrige Besoldung teilweise schon seit 2013 gezahlt. Zudem hat bereits der Hessische Verwaltungsgerichtshof bestätigt, dass eine rechtmäßige Besoldung in der untersten Besoldungsgruppe mindestens 15 Prozent über der Grundsicherung für Arbeitssuchende liegen muss. Ebenfalls muss ein entsprechend großer und angemessener Abstand zwischen den Besoldungsgruppen eingehalten werden. Daher muss seitens des Landes Hessen rückwirkend ein Ausgleich ab 2013 geleistet und schnellstmöglich umgesetzt werden.

1b.) Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

Als Rechtsstaatspartei werden wir uns für die Einhaltung einer verfassungsgemäßen Besoldung einsetzen. Dazu bedarf es einer schnellen, unbürokratischen und rückwirkenden Lösung.

2. Digitalisierung: Digitalisierung ist seit mehreren Jahren ein zentrales Thema in der Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung. An den hessischen Hochschulen müssen viele Professor/-innen und andere Mitarbeitenden auch heute noch viele einfach digitalisierbare Standardprozesse mit erheblichem und unnötigem Einsatz von Arbeitszeit kompensieren, da es an ausreichenden Ressourcen für den digitalen Wandel fehlt. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen

schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Bereits seit Jahren beklagen sich Professoren und Dozenten zu Recht über zu viel Bürokratie. Teilweise machen die bürokratischen Abläufe 25 Prozent und mehr der Arbeitszeit aus. Dies geht vor allem zulasten von Forschung und Lehre. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Entlastung der Hochschullehrer durch eine digitale Verwaltung ein. Zudem sollten spezialisierte Hochschulkräfte nicht-wissenschaftliche Tätigkeiten übernehmen. Hierzu bedarf es einer veränderten Organisation an den Hochschulen. Nur so kann die Qualität von Forschung und Lehre weiter gesteigert und verbessert werden.

Das Vorantreiben der Digitalisierung ist daher ein wichtiger Bestandteil zur Senkung von Bürokratie und Reduzierung derartiger Tätigkeiten für Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Um dies umzusetzen müssen zuerst eine Bestandsaufnahme der Ist-Situation sowie der Bedarfe an den Universitäten und Hochschulen durchgeführt werden. Dies darf aber nicht in einem Prozess münden, der sich über Jahre hinzieht, sondern muss schnell und effektiv erfolgen. Anhand dieser Erhebung können dann für die Universitäten und Hochschulen Strukturen geschaffen werden, die dort auch sinnvoll genutzt und umgesetzt werden können. Als Idealfall streben wir hier noch eine bessere Vernetzung und Kooperation unter den Hochschulen an. Da sich der zeitliche Rahmen zur Umsetzung stark an dem Bedarf ausrichten wird, wollen wir hier keinen festen zeitlichen Rahmen nennen. Unser Ziel muss es aber sein, dass wir die Umsetzung schnellstmöglich beginnen.

3. Freiheit von Lehre und Forschung: Verschiedene Vorkommnisse geben Anlass zur Sorge. Das Klima gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Diskurs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird rauer. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

Um erfolgreich zu sein, bedarf es eines freiheitlichen Bildungssystems. Derzeit ist in Deutschland und in Hessen die Wissenschaftsfreiheit bedroht, da die Hochschulangehörigen immer mehr ihrer Eigeninitiative beraubt werden. Die derzeitige links-grüne Bildungspolitik steht der Freiheit von Forschung und Lehre

entgegen, da sie primär auf Nützlichkeit und politischer (ideologischer) Vorgaben abhebt. Dies lehnen wir ab.

Daher müssen Hochschulen wieder frei von wissenschaftsfeindlichen Ideologien wie Gender-Mainstreaming oder Cancel Culture werden. Zumindest Gender-Studien keine Wissenschaft transportieren, sondern eine politische Ideologie, wobei Sprache zur Neukonstruktion der Gesellschaft Verwendung findet. Auch leisten Studiengänge wie „Gender Studies“ keinen Beitrag für unsere Volkswirtschaft und führen oft sogar zu persönlicher Unzufriedenheit und Frustration junger Menschen.

An einigen hessischen Hochschulen existieren bereits Empfehlungen zur Verwendung von gendergerechter Sprache (TU Darmstadt, Philipps-Universität Marburg). An der Universität Kassel wurden Studenten Punkte in ihren Prüfungsarbeiten abgezogen, weil diese ausschließlich das generische Maskulinum verwendeten. Dies widerspricht der Humboldtschen Universität, welche die Einheit von Forschung und Lehre sowie die Eigenverantwortung der Studenten propagierte. Zudem konterkariert es den Artikel 5 Grundgesetz, welcher die „Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre“ in Einklang zu bringen versucht. Letztlich züchten wir uns mit einer ideologisierten Wissenschaft nur Mittelmäßigkeit heran, anstatt das wir auf das Leistungsprinzip setzen.

Für die AfD müssen Hochschulen ein Ort sein, an dem sich Wissenschaft, Lehre und Forschung im Rahmen des Grundgesetzes wieder frei entfalten können.

4. Innovationskraft: In den Medien und von verschiedenen Interessenverbänden wird zunehmend häufiger beklagt, dass Deutschland in den letzten Jahren stark an Innovationskraft verloren hat. Die hessischen Professor/-innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften könnten bei veränderten Rahmenbedingungen einen noch größeren Beitrag in der Grundlagen- und der angewandten Forschung leisten und damit die Innovationskraft Hessens und Deutschlands stärken. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

Internationale Hochschul-Ranglisten zeigen, dass die hessischen Hochschulen weltweit ein Mauerblümchen-Dasein fristen. So befindet sich die TU Darmstadt derzeit auf Rang 275, die Goethe-Universität Frankfurt auf Platz 328, die Justus-Liebig-Universität Gießen auf Rang 490 und die Philipps-Universität Marburg findet sich zwischen 751-800 beim QS World University Ranking wieder. Die Universität

Kassel erfährt gar keine Erwähnung. Dass keine hessische Universität in Deutschland zu den Exzellenz-Universitäten gehört, verwundert daher nicht.

Um dies zu ändern, werden wir uns als AfD dafür einsetzen, dass insbesondere Forschungen insbesondere im Bereich MINT und Medizin stärker gefördert werden. Hierfür können und werden wir bei einer Regierungsbeteiligung mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen. Gerade in diesen Fachbereichen war Deutschland früher ein starker Motor für die gesamte Welt. Eine Rückkehr zu diesem Status ist unser erklärtes Ziel.

Um wieder international den Anschluss zu gewinnen, muss daher deutlich mehr in Bildung investiert werden. Denn laut dem aktuellen Bildungsfinanzbericht (hier Bildungsausgaben im Tertiärbereich) sind die Bildungsausgaben in Deutschland zwischen 2012 und 2019 um 0,5 Prozent im Durchschnitt gesunken. Im Gegensatz dazu sind die Ausgaben im OECD- und im EU-Durchschnitt um 1,2 Prozent bzw. 1,8 Prozent gestiegen. Deutschland investiert nur 1,3 Prozent im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt in den Tertiärbereich. Wettbewerber wie Frankreich dagegen 1,5 Prozent, Großbritannien 2,0 Prozent und die USA sogar 2,5 Prozent.

Im Bundesvergleich liegt Hessen bei den laufenden Ausgaben für Lehre und Forschung mit 7.400 Euro pro Studenten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7.800 Euro. Wir liegen hier auf Rang elf. Selbst das hessische LOEWE-Programm konnte mit Fördergeldern nur eine Handvoll exzellenter Wissenschaftler an die hessischen Universitäten locken, da auch das gutmeinte LOEWE-Programm weiterhin unterfinanziert ist und nur partiell für Exzellenz sorgen konnte. Hier muss sich grundlegend etwas ändern. Ansonsten werden auch weiterhin internationale Spitzenforscher Hessen meiden.

5. Zukunft der Wissenschaft in Hessen: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

Um den Wissenschaftsstandort Hessen zu sichern und zukunftsfähig zu machen, halten wir es für notwendig, dass zuerst eine Evaluation von Pseudowissenschaften wie Postcolonial Studies, Critical Whiteness Studies, Queer Studies und Gender Studies erfolgt. Der Hintergrund hierfür ist ein einfacher: Zukunftsfähig und förderungswürdig kann nur etwas sein, was den Standort voranbringt und nicht auf der Stelle verharren lässt, sich mit nicht Notwendigem befasst oder keinen Nutzen für

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

unsere Gesellschaft hat. Als nächstes müssen – wie unter 4 bereits dargelegt – die finanziellen Mittel deutlich gesteigert werden. Nur mit solchen Maßnahmen wird der erste Grundstein dafür gelegt, dass wir in Hessen endlich eine Exzellenzuniversität erhalten. Damit könnte der Wissenschaftsstandort Hessen dauerhaft und nachhaltig gesichert und in die Zukunft gebracht werden.

Zudem werden wir uns für die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer – wie in Baden-Württemberg – einsetzen. Gerade in Hessen studieren u.a. viele Chinesen, die das erworbene Wissen nach dem Studium mit in ihre Heimat nehmen. Der wirtschaftliche Druck Chinas auf Europa, Deutschland und Hessen darf nicht dadurch verstärkt werden, dass wir in Hessen unsere eigene Konkurrenz ausbilden. Um dem wirksam entgegen wirken zu können, sind die erzielten Einnahmen aus den Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer vollständig in den hessischen Universitäten zu investieren. So können Universitäten Studenten, die nach ihrem Studium in Deutschland bleiben, besser ausbilden und dazu beitragen, unsere Wirtschaftskraft zu erhalten. Dies wäre zudem ein wirksamer Beitrag gegen den Fachkräftemangel.